

Die Bundesregierung beschreibt in einem Eckpunktetpapier in drei „Säulen“ Reformvorhaben im Aufenthaltsrecht, die eine größere Erwerbsmigration nach Deutschland ermöglichen sollen. Es ist grundsätzlich zu begrüßen, wenn für Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland arbeiten möchten, jene Hürden gesenkt werden, die sich für die Betroffenen als geradezu schikanös erwiesen haben.

Insbesondere die derzeit notwendige Prüfung, ob ein ausländischer Abschluss als gleichwertig mit einem Referenzberuf in Deutschland anzusehen ist, ist für die Betroffenen in der Praxis zeitraubend, frustrierend und mit hohen Kosten verbunden. Dass bei entsprechender Berufserfahrung auf diese formale Anerkennung in den nicht-reglementierten Berufen verzichtet werden soll („Erfahrungs-Säule“), wird für Betroffene eine ebenso große Erleichterung darstellen wie auch die Möglichkeit, in ausbildungsfremden Berufen arbeiten zu können, sofern – in diesem Fall ist das Eckpunktetpapier wieder einschränkend – zunächst ein anerkannter Beruf vorliegt („Fachkräfte-Säule“).

Neben manchen wohlklingenden Ankündigungen lässt das Eckpunktetpapier aber viele Fragen unbeantwortet und wiederholt Versprechungen, etwa zur Beschleunigung von Berufs Anerkennungen, die auch in der Vergangenheit schon nicht umgesetzt wurden. Welche Bedeutung dem Anerkennungsverfahren überhaupt zukommen soll, wenn es in Zukunft gar nicht mehr so sehr darauf ankommt, bleibt ein Rätsel. Diese Frage muss aber gelöst werden, wenn eine zu befürchtende Dequalifizierung von Fachkräften verhindert werden soll. Viele Einwanderungswillige scheitern derzeit an bürokratischer Zermürbung, denn das unübersichtliche deutsche Aufenthaltsrecht, das allein für den Bereich der Fachkräfteeinwanderung mit



Gökyay Akbulut ist Politikerin der Partei „Die LINKE“ und sitzt seit 2017 im Deutschen Bundestag. Sie ist Sprecherin für die Themen Migration, Familie und bürgerschaftliches Engagement.

195 Seiten Anwendungshinweisen daher kommt, überfordert Einwanderungswillige und Mitarbeitende in den Visaabteilungen gleichermaßen. Hinzu kommt der chronische Personalmangel in den Auslandsvertretungen, sodass schon für die erste Vorsprache mehrmonatige Wartezeiten eingeplant werden müssen.

Die Beschleunigung des Visumsverfahrens, gesetzliche Vereinfachungen und der Abbau weiterer unnötiger Themen Hürden, die einer selbstbestimmten Lebensplanung von Migrantinnen und Migranten in Wege stehen, scheint aber

ein zu großer Wurf zu sein, den die Bundesregierung nicht wagen will. Stattdessen ist zu befürchten, dass mit der Einführung eines Punktesystems für die Arbeitsplatzsuche („Potential-Säule“) ein neues Bürokratie-Monster geschaffen wird.

Wichtig ist daher, darauf zu pochen, dass bei der Reform der Erwerbseinwanderung menschenrechtliche Aspekte und Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten im Vordergrund stehen. Zentrales Motiv der Ampel-Regierung sind dagegen Interessen der Wirtschaft und demographische Überlegungen. Eine solche Betrachtungsweise aber, in der Menschen zu einer nützlichen Ressource degradiert werden – für die Betriebe, für unsere Renten, für unsere Pflege –, ist entwürdigend und inakzeptabel.

Notwendig ist zudem, dass eine erleichterte Erwerbsmigration einhergeht mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, um Lohndumping und prekäre Arbeitsbedingungen zu verhindern. Das Ziel muss es sein, gute Arbeitsbedingungen für alle zu schaffen. Dazu braucht es weit größerer Anstrengungen als bisher, um die Tarifbindung zu stärken und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu beseitigen.